

A3/II/2014

**Wachsende Stadt Berlin: Herausforderungen und Chancen für die Spreemetropole – Leitbild für den Bezirk Mitte**

Berlin wächst: Nach zwei Jahrzehnten einer stagnierenden Einwohnerentwicklung erlebt die Spreemetropole derzeit einen Wachstumsschub wie zuletzt nur in der Gründerzeit um 1900. In den letzten 3 Jahren ist Berlin um 130.000 Bewohnerinnen angewachsen. Besonders stark ist der Zuzug aus Süd- und Südosteuropa, aber auch der Zuzug vor allem jüngerer Menschen aus allen Teilen der Bundesrepublik hält unvermindert an. Wichtigste Ressource der Stadt, eine solidarische Stadtgesellschaft: Wie kaum eine andere europäische Großstadt verfügt Berlin über einen gesellschaftlichen Konsens zur sozial gemischten Stadt. Die berühmte Berliner Mischung wird in allen Kiezen als besonders positive Eigenschaft hervorgehoben. Nicht nur die Bereitschaft, diese soziale Mischung zu erhalten, ist groß, Berlin verfügt über eine aktive Zivilgesellschaft, die in vielfältigster Weise soziales Miteinander lebt, diese Solidarität ist das eigentliche Pfund unserer Stadtgesellschaft. Es ist bezeichnend, dass die Tendenzen der sozialen Entmischung mit sorgenvoller Aufmerksamkeit verfolgt werden. Die Wohnungsfrage stellt sich neu: Neben dem Zuzug steigt auch die Lebenserwartung der Berlinerinnen und Berliner, die Zahl der Kinder nimmt zu und der Trend zu Singlehaushalten hält an. Der Wohnungsleerstand von über 100.000 Wohnungen hat sich in den letzten 10 Jahren vollständig abgebaut, der Wohnungsmarkt spannt sich weiter an. Die Aktivierung aller Schutzmechanismen gegen soziale Verdrängung im Wohnungsbestand ist das Gebot der Stunde, ebenso wie der Wohnungsneubau. Die wachsende Stadt und die wachsende Wirtschaft bedingen einander: Die Attraktivität Berlins als Ursache für den Zuzug hängt mit der Strahlkraft zusammen, die die Spreemetropole als weltoffener, toleranter und hipper Lebensort nach außen vermittelt. Und weil so viele nach Berlin kommen, ist Berlin Gründerhauptstadt, entstehen neue Arbeitsplätze in der digitalen Wirtschaft, boomt der Tourismussektor. Das weltweit positive Image der Stadt und die durch Zuzug wachsende Wirtschaft bedingen einander. Die wohnungspolitische Herausforderung des Wachstums: Der Zuzug verursacht stadträumliche Entmischungstendenzen, in angesagten Quartieren gehen die Angebotsmieten hoch, in preiswerten Vierteln suchen die mittellosen Zuwanderer nach Wohnraum. Gentrifizierung ist innerhalb des S-Bahn-Rings Alltagsrealität. Ein Drittel der Berlinerinnen und Berliner lebt in Haushalten ohne Erwerbstätigen, viele Haushalte werden im Alter über noch weniger Einkommen verfügen, um beispielsweise die Miete zu bezahlen. Das birgt sozialen Sprengstoff. Was tun? Die Berliner SPD muss sich als die kompetente moderne Großstadtpartei mit sozialem Augenmaß profilieren. Hierbei gilt es Stärken zu stärken und unsere Kompetenzen in den Tagesdebatten besser herauszustellen. Wir müssen aber auch zeigen, dass wir die Wirtschaftskraft der Stadt aktiv fördern wollen, um langfristig finanziell auf eigenen Füßen zu stehen. Erfolgreiche Zwischenbilanz der Koalition spiegelt sich nicht in der Wählergunst! Obwohl die SPD in der großen Koalition den Aktivposten darstellt und in den von ihr geführten Ressorts gut arbeitet, kommt sie in Umfragen derzeit über 25 % nicht hinaus, schlimmer noch, die durch Tatenlosigkeit gezeichnete CDU führt stets munter in den Umfragen. Was müssen wir tun, um als kompetente Großstadtpartei wieder stärkste Partei in Berlin zu

werden? Welche Wählermillieus können und müssen wir gewinnen, wenn wir wieder über die SPD Mitte kommen wollen? Auf einigen Politikfeldern zeigen wir schon heute im Bundesvergleich, wo es lang geht, wir sind die Partei, die für Bildungschancen steht, für erstklassige Einrichtungen von der Kita bis zur Hochschule. Wir zeigen, dass Beruf und Familie durch unsere Kita-Politik auch in der Großstadt nicht nur vereinbar sind, sondern mit hoher Lebensqualität einhergehen. Wir nutzen vorbildlich die Städtebauförderung des Bundes, um beispielsweise mit dem Quartiersmanagement benachteiligte Quartiere zu stärken und wir sind die Partei, die für Rekommunalisierung, für aktive Daseinsvorsorge und solide Stadtfinanzen steht. Unsere soziale Kompetenz ist unbestritten, wir sind die Partei, die die Stadt sozial zusammenhält. Dialog mit der Stadtgesellschaft Die größte Herausforderung für die SPD ist es, als Diskussionspartner der Zivilgesellschaft wieder akzeptiert zu werden. Der Volksentscheid zu Tempelhof zeigt, dass auch die Berliner SPD eine Vertrauenskrise durchlebt. Es erfordert Mut, nach draußen zu gehen, sich auf Beteiligungsprozesse einzulassen, offen und ehrlich Themen und Projekte zu besprechen und auch ungewohnte Lösungsvorschläge zuzulassen. Wir müssen die aktive Berliner Zivilgesellschaft und ihre projektbezogene Arbeitsweise als Potenzial für die Entwicklung der Stadt verstehen. Internetbasierte Beteiligungsplattformen und ein Stadtforum, das auch von der Zivilgesellschaft mitbestimmt wird, können hierfür wichtige Bausteine darstellen. Realistisches Wachstumsszenario erarbeiten Die wachsende Stadt erfordert einen Ausbau der sozialen und technischen Infrastruktur. Dies geht nur mit aktuellen Wachstumsszenarien; die zusätzlichen 234.000 Menschen, die die derzeit gültige und für alle Planungen verbindliche Prognose für das Jahr 2030 errechnet, werden wir bereits deutlich vor dem Jahr 2020 erreichen. Die Stadt braucht nicht nur eine aktualisierte Bevölkerungsprognose, sondern eine stadtwirtschaftliche Studie, die die Herausforderungen für alle Ressorts, für die Bezirke und die landeseigenen Unternehmen der Daseinsvorsorge sowie das veränderte Steueraufkommen darstellt. Wachstumsfonds abstecken Dank unserer strengen Haushaltspolitik über viele Jahre und dank des Wachstums der Stadt konnte bereits 2012 und 2013 das Kriterium der Schuldenbremse übererfüllt und die Staatsverschuldung um 450 Millionen Euro abgebaut werden. Dank Gründerboom, wachsendem Tourismus, moderat sinkender Arbeitslosigkeit und Mehreinnahmen aus der Grunderwerbssteuer kann mit Mehreinnahmen von 250 Millionen Euro pro Jahr gerechnet werden. Es gilt, diese Spielräume für die Legislatur 2016 bis 2021 seriös darzustellen und dieses Plus aktiv für die Bewältigung des Wachstums zu nutzen. Das Wachstum erfordert auch eine verantwortungsbewusste Personalentwicklung und eine den anderen Bundesländern vergleichbare Bezahlung im öffentlichen Dienst. Stärken stärken – und zwar mit Weitblick Berlin hat Qualitäten, die die Stadt nicht nur im Vergleich mit anderen europäischen Metropolregionen unterscheidbar sondern auch konkurrenzfähig machen. Der Senat arbeitet derzeit sehr verantwortungsbewusst die Themen und Räume heraus, in die die knappen Ressourcen der Stadt – Baurecht, Flächen, Geld und nicht zuletzt das, was in der Stadt inhaltlich konsensfähig ist – langfristig investiert werden. Diese Berlin-Strategie muss vom Regierenden Bürgermeister, vom Finanzsenator, von allen Ressorts und Bezirken vorbehaltlos akzeptiert und mit der Zivilgesellschaft und den politischen Parteien stetig weiter verhandelt werden. Die Lösung der Wohnungsfrage – Topthema mit sozialer

Sprengkraft Angesichts des anhaltend starken Zuzugs gehört die Wohnungs- und Mietenpolitik auf Platz eins der tagespolitischen Agenda. Nicht nur müssen alle Schutzmechanismen für die 2 Millionen bestehenden Wohnungen – auch die Umwandlungsverordnung – mit Leidenschaft aktiviert, sondern auch alles getan werden, um den Wohnungsneubau zu forcieren. 12.000 bis 15.000 neue Wohnungen pro Jahr müssen das Ziel sein, jede vierte Wohnung sollte hierbei im geförderten sozialen Wohnungsbau errichtet werden. Insbesondere innerhalb des S-Bahn Rings müssen wir uns mit unseren 6 Wohnungsbaugesellschaften dafür einsetzen, dass auf den großen privaten Bauflächen sozial und funktional gemischte, urbane Quartiere entstehen. Hierfür muss das ganze Spektrum der nicht renditeorientierten Wohnungswirtschaft (Städtische, Genossenschaften, gemeinnützige Wohnungsträger, Miethäusersyndikat, Baugruppen) unterstützt werden. Der kommunale Wohnungsbestand muss durch Ankauf und Neubau mittelfristig auf 400.000 Wohnungen steigen, die Berlinovo mit ihren 21.000 Wohnungen muss kurzfristig in den Bestand der Städtischen übernommen werden, die 7000 Apartments in den Bestand des Studentenwerks, um die Wirkungsmacht des sozial bestimmten kommunalen Wohnungssektors auf den Wohnungsmarkt zu stärken. Die finanziellen Ressourcen hierfür müssen bereitgestellt werden. Gewässer, Parks, Plätze und Straßen – der öffentliche Raum ist Lebensgrundlage Gut gestaltete und gut gepflegte Straßen, Plätze und Parks, sie sind der gemeinsame Lebensraum der Stadtgesellschaft, sie können auch bescheidenere Wohnverhältnisse kompensieren. Bei jedem Umbau muss Barrierefreiheit erreicht werden, müssen die Verkehrsflächen zugunsten der Fußgänger, des Fahrrads und des öffentlichen Nahverkehrs gestaltet, Schritte zur Anpassung an den unvermeidlichen Klimawandel getan werden. Bürgerschaftliche Initiativen wie Urban Gardening können die Nutzung öffentlicher Räume gemeinwohlorientiert bereichern. Am öffentlichen Raum misst sich, wie sozial eine Stadtgesellschaft wirklich ist. Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand Rekommunalisierung aller Bereiche der Daseinsvorsorge ist die Basis für ein nachhaltig soziales Gemeinwesen. Die Privatisierungsüberlegungen städtischer Unternehmen und Betriebe der Daseinsvorsorge haben sich weltweit als kurzfristig herausgestellt. Dazu gehört auch der öffentliche Nahverkehr, der in einer wachsenden Stadt quantitativ und qualitativ mitwachsen muss. Die Wirtschaftskraft der Stadt entwickeln Stadtentwicklungspolitik ist auch Wirtschaftspolitik. Wirtschaftsprojekt Nummer Eins ist natürlich der Großflughafen, er wird fertig gestellt. Wir wollen die von der EU geforderte und geförderte Smart-City-Strategie für Berlin entwickeln, denn Berlin hat das Potenzial, die Smart-City in Europa zu werden. Wir wollen den Erfolg von Adlershof mit einem jährlichen Steueraufkommen von mittlerweile 340 Mio € (wovon 180 in die Berliner Landeskasse fließen) in Tegel mit der Urban Tec Republic wiederholen, wir wollen das geschätzte dichte Nebeneinander von Arbeiten, Wohnen und Leben ausbauen, wo immer es geht. Berlin und Brandenburg – die Hauptstadtregion als Ganzes begreifen Die Stadt und ihr Umland können nicht getrennt betrachtet werden, sie sind aufs engste aufeinander angewiesen. Obwohl Politikfelder wie die der Wirtschaftsförderung oder des öffentlichen Nahverkehrs gut abgestimmt sind und zeigen, wie wichtig politische Abstimmungsprozesse sind, leben die politischen Parteien beider Länder beziehungslos nebeneinander her. Sollen Themen wie die Wohnungsfrage gemeinsam gelöst werden, brauchen wir auch eine gemeinsame politische

Steuerung. Neben dem organischen Zusammenwachsen von Berlin und Brandenburg wollen wir auch die „Oderregion“ und die Verbesserung der Infrastruktur in Richtung Polen forcieren. Bezirke stark machen Wir stehen zur Polyzentralität Berlins mit seinen 12 eigenständigen Bezirken. Die Bezirke sind aufgrund des rigorosen Stellenabbaus der letzten beiden Jahrzehnte aktuell nicht mehr in der Lage, ihre Pflichtaufgaben verlässliche zu erfüllen. Eine verantwortungsbewusste Personalentwicklung des öffentlichen Dienstes muss – streng orientiert an den Bedürfnissen der wachsenden Bevölkerung – in die Wege geleitet werden. Und Erfolge können nur gemeinsam – Senat und Bezirke – erreicht werden, der Senat muss die Bezirke als Partner auf Augenhöhe sehen, eine Kultur der guten Zusammenarbeit ist geboten. Der Bezirk Mitte – Herz der wachsenden Spreemetropole Die aktuelle Bevölkerungsprognose des Senats von 2011 sagt für den Bezirk bis 2030 ein Bevölkerungswachstum von 8,5 % voraus, was etwa 28.000 zusätzlichen Bewohnern entspricht. Diese Zahl wird allerdings bereits im Jahr 2015 erreicht werden, allein 2013 wuchs die Einwohnerzahl von Mitte um 8.125 Menschen. Dies zeigt, wie überholungsbedürftig die Bevölkerungsprognose und die auf ihr fußenden Szenarien sind! Die Zuwanderer kommen etwa zu einem Drittel aus dem europäischen Ausland, gut die Hälfte aus den deutschen Bundesländern. Und obwohl bei den Zuwanderern die Altersgruppe der 20 bis 40 jährigen die stärkste ist, wird sich aufgrund des demographischen Wandels die Zahl der über 80 jährigen in Mitte bis 2030 um 50 % erhöhen, die der Altersgruppe der 6 bis 12 Jährigen „nur“ um etwa 20 %. Welchen Ausbildungs- und kulturellen Hintergrund bringen die Zuwanderer mit, wo werden sie wohnen, was bedeuten sie für die ökonomische und soziale Entwicklung unseres Bezirks? Für eine solidarische Stadtgesellschaft ist eine wachsende Stadt aber auch eine Herausforderung. Im Bezirk Mitte beziehen derzeit 28 % der Bevölkerung Leistungen der sozialen Mindestsicherung. Der sich verschärfende Wohnungsmarkt befördert dynamische Entmischungsprozesse. Hier muss eine aktive Stadtentwicklungspolitik steuern. Eine engagierte Schul- und Bildungspolitik muss die Chancengleichheit unserer Kinder befördern. Eine gemeinwohlorientierte Wirtschafts- und Arbeitspolitik muss die Chancen des Wachstums erkennen und nutzen. Eine verantwortungsbewusste Sozialpolitik muss dafür sorgen, dass die Unterstützung die wirklich Benachteiligten erreicht. Auch die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge muss gewährleistet werden. Um die Herausforderungen wie auch die Chancen überhaupt einschätzen zu können, brauchen wir neue belastbare Wachstumsszenarien auch für Mitte. Nur so kann der Bedarf für die technische und soziale Infrastruktur abgeschätzt, geplant und gebaut werden. Das will die SPD für Mitte: Ein starker Bezirk als Partner für eine solidarische Stadtgesellschaft Der gegenwärtige Personalabbau konterkariert die Ansprüche einer wachsenden Stadt. Der Stellenabbau muss gestoppt werden. Eine verantwortungsbewusste Personalentwicklung des öffentlichen Dienstes muss – streng orientiert an den Bedürfnissen der wachsenden Bevölkerung – in die Wege geleitet werden. Nur die Starken können sich einen schwachen Staat leisten. Die Zukunft mit der Zivilgesellschaft entwickeln Im Bezirk Mitte existieren über 30 quartiersbezogen arbeitende Bürgervereine, Stadtteilvertretungen, Quartiersräte und Bürgerinitiativen. Als SPD wollen wir dieses zivilgesellschaftliche Engagement nutzen und mit einer Kultur des gleichberechtigten Dialogs Partizipation in die Tiefe der Quartiere ermöglichen. Beteiligung vor Ort ist integraler Bestandteil

einer starken Stadtentwicklung, die SPD hat mit ihrer flächendeckenden Präsenz in allen Kiezen hierbei einen großen Vorteil. Aktive Mietenpolitik für den Bestand – energetische Sanierung nur mit Augenmaß Die für den Wohnungsbestand aktivierten Schutzinstrumente, wie das Zweckentfremdungsverbot, den Eigenbedarfskündigungsschutz und die von Bauministerin Hendriks (SPD) angekündigte Mietpreisbremse bei Neuvermietung, werden in Mitte scharf überwacht. Wir wollen in Quartieren in Moabit und im Wedding soziale Erhaltungsgebiete erlassen und dort mit einer Umwandlungsverordnung die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen unterbinden. Wir wollen die Städtebauförderung nutzen, um die Mieterinnen und Mieter aktiv über ihre Rechte aufzuklären. Die Lasten der energetischen Sanierung müssen gerecht verteilt werden. Benachteiligte Quartiere stärken Die SPD hat im Bund eine deutliche finanzielle Stärkung der Städtebauförderung durchgesetzt, das Programm Soziale Stadt wird hierbei zum Leitprogramm ausgestaltet. Hiervon profitiert Mitte direkt: Das erfolgreiche Berliner Quartiersmanagement fördert in Mitte zukünftig in 6 Gebieten den sozialen Zusammenhalt durch soziointegrative und infrastrukturelle Projekte. In den drei Sanierungsgebieten Müllerstraße, Turmstraße, Köpenicker Straße und durch das Stadtumbau-Gebiet in Moabit wollen wir die Erneuerung des öffentlichen Raumes und die Ertüchtigung der sozialen Infrastruktur umfassend fortsetzen. Die Quartiersräte und Stadtteilvertretungen dienen der starken Einbeziehung der Zivilgesellschaft in alle Planungen. Die barrierefreie Stadt als Verpflichtung Beim Umbau von Straßen, Plätzen und Parks, wie am Leopoldplatz, im kleinen Tiergarten oder rund um den Fernsehturm, bei jeder Baumaßnahme des öffentlichen Nahverkehrs, wie in der Müllerstraße, der Invalidenstraße oder der Köpenicker Straße, bei allen Planungen für öffentliche Gebäude muss der Bezirk der barrierefreien Stadt einen Schritt näher kommen. Kommunalen Wohnungssektor ausbauen Mit dem Mietenbündnis hat Berlin seine 6 städtischen Wohnungsbaugesellschaften auf eine sozial verträgliche Mietengestaltung verpflichtet. Im Bezirk Mitte werden die Gesobau, die WBM und die degewo ihren Wohnungsbestand durch Zukauf und Neubau erweitern. Wir kämpfen dafür, dass die Städtischen auch auf den großen privaten Bauflächen, an der Lehrter Straße, in der Heidestraße, nördlich des Mauerparks und in der Luisenstadt im geförderten Wohnungsbau errichten. Das Förderprogramm des Senats für neue Sozialwohnungen mit Nettokaltmieten zwischen 6,00 € und 7,50 € wollen wir aktiv nutzen. Durch Wohnungsneubau muss der Mietwohnungsmarkt entlastet werden Auch in Mitte gibt es in der Heidestraße, an der Lehrter Straße, in der Luisenstadt und nördlich des Mauerparks, aber auch in vielen Baulücken große Bauflächenpotenziale. Wir wollen darlegen, wie viele Wohnungen wo gebaut werden können, darauf die Infrastrukturplanung ausrichten und mit den großen Flächeneigentümern, der privaten Wohnungswirtschaft, und dem nicht renditeorientierten Wohnungssektor ein Wohnungsbündnis nach dem Lichtenberger Vorbild erarbeiten. Wohnungsbauprojekte können durch Gestaltung neuer Freiräume durchaus auch „win-win“-Projekte darstellen. Soziale Mischung auch in Neubauquartieren Für größere Neubauprojekte muss ein Leitbild für städtische gemischte Quartiere entwickelt werden. Die Vielfalt Berliner Quartiere muss sich darin genauso wiederfinden, wie das Bedürfnis nach unterschiedlichen Lebensstilen. Soziale und funktionale Mischung kann nur gelingen, wenn ein Städtebau gefunden wird, der das kleinteilige Nebeneinander von klassischen Bauträger-

modellen, Städtischen Wohnungsbaugesellschaften, gemeinnützige Träger, Genossenschaften, Baugruppen bis hin zu einzelnen Bauherren sicherstellt. Unser Ziel: jede dritte Wohnung muss im geförderten Wohnungsbau durch die Städtischen oder Genossenschaften errichtet werden. Mitte wird mobiler Ein guter Umweltverbund macht das Auto verzichtbar und entlastet dadurch die Haushalte Die Mobilitätskosten eines durchschnittlichen 3-4 Personenhaushalts erreichen in Berlin je nach Lage 300 bis 900 € pro Monat. Ein gutes Angebot im ÖPNV macht das Auto verzichtbarer, die Mobilitätskosten sind dadurch stark reduzierbar. Deshalb ist ein starker ÖPNV ein sozialer Beitrag für niedrige Haushaltsfixkosten. Der Ausbau des ÖPNV durch die Anbindung des Nordrings an den Hauptbahnhof, die Verlängerung der U 5 und durch Straßenbahnverlängerungen durch die Turmstraße und die Leipziger Straße sowie die Umsetzung der Fahrrad- und der Fußgängerstrategie wird von der SPD Mitte aktiv eingefordert.. Reduzierung von Lärm. Und Feinstaub bedeutet mehr Lebensqualität in der Großstadt. Mitte wird grüner Bautätigkeit wird die Freiraumqualitäten des Bezirks nicht einschränken, im Gegenteil: Die SPD Mitte fordert und fördert die Weiterentwicklung des Freiraumsystems im Bezirk. Die unvermeidliche Änderung des Stadtklimas erfordert eine zielgerichtete Anpassung an das Klima von morgen. Die Fertigstellung des Mauerparks, der Bau des Pankeparks am BND, die Planungen für die Uferpromenaden an der oberen Stadtspreetree und am Spandauer Schifffahrtskanal, der Freiraumzug an der Lehrter Straße, die Qualifizierung des Großen Tiergartens, die Pflanzung von etwa 800 neuen Straßenbäumen gehören dazu und auch die 22 bezirklichen Kleingärten im Verband Mitte mit ihren 1.826 Parzellen bleiben gesichert. Mitte als Teil der Hauptstadt Das bauliche Engagement von Bundestag und Bundesregierung sowie der Charite, der Humboldt-Universität, der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und der Beuth-Hochschule aber auch der wachsende Tourismus spielen für den Bezirk Mitte eine besondere bauliche Rolle. Der Bau neuer Hotels, neuer Ministerien und Büros für den Bundestag, die Erweiterung und Renovierung von Gebäuden für Wissenschaft, Lehre und Kultur bedeuten die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und stellen die Anziehungskraft Berlins nachhaltig sicher. Baukultur für Berlins Zentrum Der Bezirk Mitte ist Standort der herausragenden Areale der historischen Berliner Altstadt, des Parlaments- und Regierungsviertels und des Kulturforums. Die SPD Mitte ist sich bewusst, dass die baukulturellen Qualitäten bei der Weiterentwicklung dieser Stadtteile höchsten Ansprüchen genügen müssen. Gute Beteiligung und Planungskultur helfen, Orte wie das Rathausforum, den Alexanderplatz, den Spreebogen oder das Kulturforum lebendig weiter zu entwickeln. Kreativwirtschaft Die Anziehungskraft urbaner Quartiere für die neue Kreativwirtschaft ist ein struktureller Vorteil der vielen alten, gewachsenen Viertel in Mitte. Die damit verbundenen Folgearbeitsplätze sind willkommen und helfen Vielen zu einem selbstbestimmteren Leben. Insbesondere wollen wir Projekte wie die Uferhallen oder Exrotaprint fördern, die konzeptionell traditionelles Handwerk und soziale Arbeit neben neuen kreativen Berufsfeldern fördern. Tourismus von Alt-Mitte nach Moabit, Wedding und Gesundbrunnen tragen Der stetig steigende Tourismus bringt Geld in die Stadt und schafft Arbeitsplätze. Im historischen Zentrum, auf der Museumsinsel, am Alex, am Potsdamer Platz und am Brandenburger Tor und auf der Spree gehören die Touristen aus aller Welt einfach dazu. Es gilt die Chance zu ergreifen, die Touristenströme auch in die anderen Stadtteile von Mitte zu

lenken, in die Arminiusmarkthalle, in die Müllerstraße und in die Uferhallen. Hierzu wollen wir mit Visit-Berlin eine Lenkungsstrategie erarbeiten, die die Touristenspots ein wenig entlasten hilft.

#### Stellungnahme der Kreisvorstand, Landesvorstand:

**Kreisvorstand: Landesvorstand:**

A4/II/2014

#### Schnelle Genehmigungen für das Quartiersmanagement

Die Mitglieder der SPD-Fraktion in der BVV und die sozialdemokratischen Bezirksamtsmitglieder werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass für Aktivitäten des Quartiersmanagements – insbesondere für die Nutzung öffentlicher Straßen und Plätze sowie für die Umsetzung von Projekten – Genehmigungen von bezirklichen Ämtern schnell und unproblematisch erteilt werden.

#### Stellungnahme der Bezirksamt, BVV Fraktion:

**BVV-Fraktion:** Die BVV-Fraktion hat sich mit den Kleinen Anfrage 0607/IV und 0672/IV mit der Sondernutzung für Quartiersmanagement beschäftigt. Es stellten sich beim Gespräch mit der einbringenden Abteilung besondere Probleme heraus, auf einem neuen Stadtplatz in der Lehrter Straße Veranstaltungen des Quartiersmanagements zu genehmigen. Durch nachfolgende Thematisierung im Ausschuss für Soziale Stadt, Verkehr und Grünflächen konnte eine Veränderung der Arbeit des Amtes bei der Genehmigung von zumindest einigen Sondernutzungen durch Quartiersmanagement erreicht werden. **Bezirksamt:** Fraktionsinitiative abwarten.

A15/II/2014

#### Straßenprostitution in Tiergarten Süd Mehr Schutz von Kindern und Jugendlichen, AnwohnerInnen Maßnahmen zur Unterstützung für die Prostituierten

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung Mitte, des Bezirksamts Mitte und die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, sich jeweils im Rahmen ihrer Zuständigkeit

- für Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen im Bereich des Straßenstrichs in Tiergarten Süd einzusetzen;
- für Maßnahmen einzusetzen, die den Bedürfnissen der AnwohnerInnen Rechnung tragen;
- Projekte zum Schutz, zur medizinischen Beratung und zur Ausstiegsberatung der Prosti-

tuierten zu fördern.

Dies schließt unter anderen die folgenden Maßnahmen ein:

- Errichtung eines Zauns vor dem Französischen Gymnasium;
- der Spielplatz auf dem Magdeburger Platz ist mit einem hohen, abschließbaren Zaun zu versehen;
- ein Schließdienst für den Spielplatz in der Kurfürstenstraße nach dem Vorbild des Schließdienstes für den Geschichtspark ehemaliges Zellengefängnis;
- weiterhin sollen mindestens an jedem Schultag Spritzen, Kondome und andere Verunreinigungen vor den Schulgebäuden und auf dem Spielplatz deutlich vor Schulbeginn eingesammelt werden;
- bei Umgestaltungen von Spielplätzen soll darauf geachtet werden, dass keine uneinsehbar Bereiche entstehen;
- die Straßen und ggf. Wegebeleuchtung in Grünflächen soll dunkle Ecken verhindern;
- es sollen niedrigschwellige Angebote wie zum Beispiel der Frauentreff Olga gefördert und ausgebaut werden, die
  - als SprachvermittlerInnen die Prostituierten bei Konflikten mit AnwohnerInnen, Polizei und Ordnungsamt unterstützen
  - medizinische Beratung anbieten;
  - diejenigen, die aus dem Gewerbe aussteigen möchten, beraten und begleiten.

Hierfür sind mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Die SPD Mitte setzt auf die Reform der Vorschriften zur Prostitution, insbesondere das geplante Prostituiertenschutzgesetz, das mehr Kontrollen ermöglichen wird. Die SPD Mitte wird einen Vorort-Termin mit der SPD Wahlkreisabgeordneten im Deutschen Bundestag, dem Wahlkreisabgeordneten im Abgeordnetenhaus für Tiergarten Süd und den Bezirksverordneten durchführen, bei dem weitere Maßnahmen zur Unterstützung für die Prostituierten am Runden Tisch soll unter Einbindung aller Interessen intensiviert werden.

#### Stellungnahme der Bezirksamt, BVV Fraktion, Fraktion im Abgeordnetenhaus, Kreisvorstand:

**Kreisvorstand: BVV-Fraktion:** Die SPD-Fraktion hat das Thema in unterschiedlichen Zusammenhängen in Ausschüssen und im Plenum der Bezirksverordnetenversammlung angesprochen.

Ein Zaun auf dem Magdeburger Platz kann aus Haushaltsmitteln nicht finanziert werden. Das wurde auf Antrag der SPD-Fraktion mit Drs. 1686/IV geprüft. Mit dem Beschluss

über den Haushalt auf Drs. 2224/IV hat die Bezirksverordnetenversammlung auf Antrag von SPD und CDU beschlossen, dass das Bezirksamt ersucht wird, Fördermittel für den Zaun einzuwerben. Weiterhin wurde ein Finanzierungskonzept für einen Schließdienst beschlossen.

Der Spielplatz in der Kurfürstenstraße 53 ist neu gestaltet worden. (Siehe auch Kleine Anfrage 0536/IV)

Für die Beseitigung von Hinterlassenschaften der Prostitution soll ein Reinigungsdienst vor der Schule in der Derfflinger Straße mit dem Beschluss über den Haushalt 2016/2017 eingerichtet werden (Drs. 2224/IV)

Es gibt eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit der Unterstützung für Frauen, die als Prostituierte arbeiten. Dies erfolgt durch die Unterstützung des Frauentreff Olga. **Bezirksamt:** Stete Aufgabe des BA in diesem Sozialraum. **Fraktion im Abgeordnetenhaus:**

#### A1/II/2014 AG Migration und Vielfalt, Abteilungen 16 und 7

#### Leitlinien einer kohärenten Flüchtlingspolitik im gesamten Land – Forderungen endlich ernst nehmen

**Forderungen endlich ernst nehmen und umsetzen!** Alle sozialdemokratischen Mandatsträger auf Bezirks- und Landesebene werden aufgefordert, die bisherigen Forderungen und Beschlüsse zur Berliner Flüchtlingspolitik ernst nehmen und dabei folgende Punkte zeitnah umzusetzen: **1. Institutionelle und organisatorische Neuausrichtung der Kommunikationswege** a) FlüchtlingsfürsprecherInnen Jedem Bezirk steht eine ausreichende Anzahl an vom Land Berlin regelfinanzierten FlüchtlingsfürsprecherInnen zur Verfügung. Deren Aufgaben sollen wie bei den PatientenfürsprecherInnen gesetzlich geregelt werden. Diese Stellen sollen durch das regelfinanzierte Landesrahmenprogramm für Stadtteilmütter und Integrationslotsen der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen zur Verfügung gestellt werden. Diese sollen nur für die Belange der Flüchtlinge in den Bezirken zuständig sein. Durch die inhaltliche Nachsteuerung des Landesrahmenprogramms kann für die FlüchtlingsfürsprecherInnen auf lange Sicht ein finanzieller Rahmen sichergestellt werden und somit die Beratungsleistungen für die Flüchtlinge kontinuierlich angeboten werden. Die FlüchtlingsfürsprecherInnen bieten mindestens einmal pro Woche Beratungsgespräche in jeder Flüchtlingsunterkunft an, sie stellen die Schnittstelle zu der Ombudsstelle des Landes Berlin her und helfen neben den SozialarbeiterInnen bei Fragen und Problemen der Flüchtlinge. Die FlüchtlingsfürsprecherInnen sollen die relevanten Sprachen Englisch, Französisch, Arabisch, Serbisch/Kroatisch/Bosnisch, Rumänisch, Romani sowie weitere relevante Sprachen abdecken. Hierbei soll der jeweilige Bedarf berücksichtigt werden. b) Ombudsstelle auf Landesebene Es ist eine im Antrag Nr. 130/I/2014 vom Landesparteitag am 17. Mai 2014 geforderte Ombudsstelle in der Senatsverwaltung anzusiedeln, welche in allen Fragen und Belangen für Flüchtlinge, Ehrenamtliche, FlüchtlingsfürsprecherInnen, SozialarbeiterInnen in Flüchtlingsheimen zur Verfügung steht. Dieser soll ein effektives Auskunfts- und Antragsrecht auf

die entsprechenden Landesbehörden eingeräumt werden, damit sie bei Problemen und Missständen intervenieren und das LaGeSo, den Bezirk und den freien Träger zur Behebung der Missstände auffordern und entsprechende Maßnahmen vorschlagen kann. c) Einrichtung eines Runden Tisches: Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, einen Runden Tisch einzurichten, welcher für und zwischen freie(n) Träger(n), Ehrenamtliche(n), SozialarbeiterInnen, Flüchtlinge(n), den FlüchtlingsfürsprecherInnen, dem Flüchtlingsrat, Migrationsbeirat und dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) einen Austausch ermöglicht und eine Informationsplattform bietet. d) Infobroschüren Jeder Bezirk stellt den Flüchtlingsheimen Infobroschüren in den o.g. relevanten Sprachen zur Verfügung. Anhand der Broschüren können sich die Flüchtlinge über ihren Bezirk, bürokratische Abläufe, ihre Rechte und Ansprechpartner sowie Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche etc. informieren. e) Einbindung der BürgerInnen Jeder Bezirk muss rechtzeitig vor, bei und nach der Inbetriebnahme einer Flüchtlingsunterkunft die anliegenden AnwohnerInnen ausreichend informieren, dafür Sorge tragen, dass Ängste genommen werden sowie ein soziales und friedliches Wohnen im Umfeld der Flüchtlingsunterkunft entsteht. Aufklärungsmaterial wie beispielweise Infobroschüren für die BewohnerInnen sollten zur Verfügung gestellt werden. **2. Verbesserte Wohnbedingungen und Neuausrichtung der Wohnungspolitik** a) Familien- und geschlechtergerechte Unterkünfte Das LaGeSo hat in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen der Bezirke dafür Sorge zu tragen, dass es in den Flüchtlingsunterkünften eine familien- und geschlechtergerechte Raumaufteilung gibt. Hierzu gehören eine ausreichende Anzahl an nach Geschlechtern getrennten Bädern sowie Familien-, Mutter-Kind-, und Frauenschlafzimmern sowie Kinderzimmer. Vor Zuteilung von Gruppen an Flüchtlingsunterkünfte muss das LaGeSo hierzu eine Abfrage bei den jeweiligen Bezirksamtern und privaten Betreibern vornehmen, die die o.g. Kriterien positiv bestätigen müssen. b) Privatsphäre achten und für Sicherheit sorgen Private Räume müssen mit einem Schlüssel abschließbar sein und dürfen in Abwesenheit nicht kontrolliert werden. Besuchsrechte für Ehrenamtliche, Vereine und FlüchtlingsfürsprecherInnen müssen geregelt werden. Ggf. müssen entsprechende Besucherräume geschaffen werden. Um Missbrauch zu vermeiden und Zugangskontrollen einfach zu gestalten, soll jede/r Heimbewohner/in einen Hausausweis mit Lichtbild erhalten, der zum Einlass berechtigt. Das LaGeSo verteilt diese Hausausweise bereits bei der Zuteilung auf die entsprechenden Heime. c) Kooperation vor Ort fördern Die Arbeit der flüchtlingspolitischen Initiativen vor Ort muss anerkannt werden. Ein verbindliches Kooperationsbestreben für eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit solchen Initiativen und Betreibern ist ein Prozess, der angestoßen werden kann. In die Vertragsformalitäten muss die Sozialraumorientierung mitaufgenommen werden und muss Bestandteil aller mit den Betreibern von Flüchtlingsheimen abgeschlossenen Verträge sein. Die Betreiber der Flüchtlingsunterkünfte müssen jährliche Kooperationsvereinbarungen mit Vereinen ggf. Initiativen vor Ort nachweisen. Eine schriftliche Befürwortung der örtlichen Integrationsbeauftragten ggf. Ombudsstelle ist erforderlich. d) Soziale Wohnungspolitik Flüchtlinge sollen ein Belegungsrecht auf Wohnraum im Rahmen der sozialen Wohnungspolitik und der geplanten Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik erhalten. Mit einer Sozialraumanalyse soll langfristig Planungssicherheit geschaffen werden, so dass die

soziale Wohnungspolitik zielgerecht umgesetzt und der Liegenschaftsfond gerecht verwaltet werden kann. e) Umsetzung des Bürgermeisterbeschlusses Der Rat der BezirksbürgermeisterInnen der Stadt Berlin hat eine gerechte und gleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge auf alle Berliner Bezirke beschlossen. Dieser Beschluss muss in allen Bezirken endlich umgesetzt werden. Hierzu gehört auch der in Antrag Nr. 134/I/2014 vom Landesparteitag am 17. Mai 2014 an die AGH-Fraktion überwiesene Antrag, einen Masterplan zur dezentralen Unterbringen der in Berlin ankommenden Flüchtlinge zu entwickeln. **3. Effektives Qualitätsmanagement und regelmäßige Kontrollen** a) Einheitliche und unangreifbare Verträge mit Betreibern von Flüchtlingsunterkünften Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats werden aufgefordert, Verträge für Unterkünfte bei freie Trägern und anderen private Heimbetreibern aufzusetzen, die nicht mehr nach Belieben der freien Trägern und privaten Heimbetreibern verhandelbar sind. Alle Verträge sind einheitlich und befristet zu gestalten, damit vergleichbare Qualitätsstandards existieren und effektive, unangekündigte Qualitätskontrollen durch staatliche Stellen bzw. Beanstandungen über die FlüchtlingsfürsprecherInnen an die Ombudsstelle möglich sind. Diesbezüglich dürfen die privaten Betreiber von Flüchtlingsunterkünften kein Zutrittsverweigerungsrecht haben (s.o.). b) Kontrollen in den Flüchtlingsunterkünften Wir fordern strengere und engmaschigere Kontrollen, die einwandfreie Hygiene- und Lebensstandards aller BewohnerInnen sichern. Hierfür muss das LaGeSo mit ausreichend Personal ausgestattet werden. Die Anzahl der Qualitätskontrollen muss einheitlich geregelt sein. Die Heimbetreiber müssen sich an die Verträge halten, sonst drohen Vertragsstrafen und/oder Kürzungen der Mittel. Es darf nicht mehr zu Abweichungen von Qualitätsstandards kommen. Die verbindlichen Qualitätsstandards sollen auf der Homepage des LaGeSo für jedermann zugänglich veröffentlicht werden. Es muss gesichert ein, dass kein Träger eine Flüchtlingsunterkunft eröffnet oder vom LaGeSo Geld dafür erhält, bevor ein Vertrag abgeschlossen wurde. **4. Mitbestimmungsrecht für Flüchtlinge gesetzlich sichern** Das Land Berlin hat ein Gesetz zu entwerfen, in dem ein Mitwirkungsrecht der Flüchtlinge für ihre Organisation in Gemeinschaftsflüchtlingsheimen in Berlin geregelt und gesichert wird. Dieses Mitbestimmungsrecht dient der Übernahme von Verantwortung und Selbstorganisation der Flüchtlinge und soll klare Strukturen und Ansprechpartner für die Betreiber sicherstellen Die Festschreibung dieses Mitbestimmungsrechts muss Bestandteil aller mit den Betreibern von Flüchtlingsheimen abgeschlossenen Verträge sein. **5. Bildung** Das LaGeSo muss den Bezirken und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft die notwendigen Daten der (Name, Alter, Sprachkenntnisse, Anzahl) unverzüglich nach Zuweisung zur Verfügung stellen, damit jeder Bezirk die Pflicht wahrnehmen kann, den ankommenden Flüchtlingskindern im Kita- bzw. schulpflichtigem Alter (bei Flüchtlingen bis zu 21 Jahren) einen Kitaplatz bzw. einen Schulplatz zur Verfügung zu stellen. Hierzu sind eine ausreichende Anzahl an Lehrkräften zur Verfügung zu stellen. Weiterhin sollen kostenfreie Deutschkurse für Flüchtlinge an den Berliner Volkshochschulen – finanziert vom BAMF – eingerichtet werden. **6. Gesundheit** a) Medizinische Versorgung sichern In jeder Unterkunft muss es den Flüchtlingen jederzeit möglich sein, im Notfall medizinische Versorgung zu erhalten. Die Kontakte sollen in den Infobroschüren stehen und auch ausgehängt werden. Dies setzt auch eine kostenlose Arztbehandlung voraus.

b) Kostenerstattung Das Abgeordnetenhaus soll ein Gesetz entwickeln, in dem verbindlich die Zuteilungsfragen und Kostenlasten für die einzelnen Stellen und Bezirke anhand der Zahl der Flüchtlinge unter Berücksichtigung der jeweiligen bezirklichen Haushaltslage (entsprechend der Regelung auf Bundesebene gemäß dem Königssteiner Schlüssel) geregelt werden. Das Land Berlin muss für Sonderkosten, die bisher die Bezirke tragen, aufkommen. Hier ist insbesondere an die Zusage von SenFin, die Impfkosten zu erstatten, zu erinnern, die eingehalten und ausgebaut werden muss!

#### Stellungnahme der Bezirksamt, BVV Fraktion, LPT I/2015:

**BVV-Fraktion:** Die SPD-Fraktion hat kontinuierlich das Thema geflüchtete Menschen in die Arbeit der Bezirksverordnetenversammlung eingebracht. Die BVV hat auf Antrag 1765/IV der SPD-Fraktion „**Perspektive für Flüchtlinge in (unserer) Mitte**“ am 20.11.2014 beschlossen folgende Punkte gegenüber dem Senat von Berlin für folgende Punkte einzusetzen:

- Sammelunterkünfte sind im Prinzip zu vermeiden und sollten, wenn überhaupt, mit einer möglichst kurzen Verweildauer für die Betroffenen verbunden sein.
- Flüchtlinge sollen in möglichst kleinen Gruppen dezentral in allen Teilen Berlins untergebracht werden; dabei sind die entsprechenden Standards zu garantieren.
- Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge müssen in kind- und jugendgerechter Umgebung untergebracht werden, und für Familien mit Kindern sind abschließbare Wohneinheiten vorzuhalten.
- Eine geschlechtsspezifische Unterbringung und Betreuung muss in allen Unterkünften gewährleistet sein.
- Ein Konzept zur Unterbringung von alleinstehenden Flüchtlingsfrauen innerhalb der Erstaufnahmeeinrichtung und der Gemeinschaftsunterkünfte ist zu entwickeln
- Es müssen weitere Wohnungsunternehmen für die Vereinbarung „Wohnungen für Flüchtlinge“ gewonnen werden.
- Für die Flüchtlinge, die in Wohnungen vermittelt werden, muss eine ausreichende soziale Betreuung sichergestellt werden; insbesondere für die Betreuung und Beschulung der Kinder ist zu sorgen

Um die Arbeit in den Unterkünften besser unterstützen zu können haben wir uns dafür eingesetzt, eine **Sondersozialkommission für Flüchtlinge** (1689/VI) einzurichten. Die **Flüchtlingsfürsprecher\_innen** sind für die Betreuung der Flüchtlingsunterkünfte erstmalig im Bezirk Mitte eingerichtet worden. Damit wollen wir ehrenamtlichen Helfer\_innen einen besseren Status geben. **Mehr Deutschkurse der CityVHS für Flüchtlinge** im Antrag

1921/IV war die Forderung der SPD, dass die Haushaltsmittel für Angebote von Deutschkursen an Volkshochschulen für geflüchtete Menschen aufgestockt werden und diesen möglichst zeitnah Deutschkurse anzubieten. Mit dem Beschluss über den Bezirkshaushalt 2016/2017 wurden dafür die Personalmittel für Volkshochschulen verstärkt. An vielen Schulen sind **Willkommensklassen für Kinder und Jugendliche** entstanden, die wenig oder gar kein Deutsch sprechen. Auch am Berlin Kolleg wollen wir durch Vorkurse junge geflüchtete Menschen auf dem Weg zum Abitur unterstützen. (Drs. 1816/IV) Die Förderung der Kinder und Jugendlichen ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit: Wir setzen uns ein für „**Berufsvorbereitungs- und Ausbildungsangebot für Flüchtlinge**“ (Drs. 1533/IV) und wollen eine bessere Förderung der Kinder in den Bereichen Schule, Sport und Musik durch die „**Nutzung des Bildungs- und Teilhabepaketes in den Flüchtlingsunterkünften**“ (Drs. 2178/IV) erreichen. Mit Freien Trägern wollen wir „Patenschaften für Flüchtlingskinder“ (Drs. 2084/IV) initiieren, so dass Gruppenunterkünfte und Jugendeinrichtungen besser kooperieren können. Frühzeitig haben wir uns für die angemessene Unterbringung der geflüchteten Menschen eingesetzt. **Keine Unterbringung von Flüchtlingen in Turnhallen** war einer der Anträge dafür. Jetzt ist der Bezirk Mitte mit seinem Integrationsprogramm als erster Bezirk in Mitte ein **Konzept für bezirkliche Flüchtlingspolitik** vorlegen. Damit soll eine zusammenhängende Flüchtlingsarbeit koordiniert werden. Am deutlichsten zeigt unser Antrag „**Berufspraktika für geflüchtete Menschen**“ (Drs. 2087/IV), dass wir den Menschen, die neu in unseren Bezirk kommen, einen schnellen Einstieg in eine Zukunft geben wollen, in der sie ihr eigenes Geld verdienen können und nicht mehr abhängig sind von staatlichen Leistungen. Das sind einige der Initiativen, die unser sozialdemokratisches Verständnis von Flüchtlingspolitik deutlich macht: **Wir sagen „Willkommen in unserer Mitte“** **Bezirksamt:** Wir durch tätiges Handeln umgesetzt. **Landesparteitag:** Erledigt bei Annahme 156/II/2014 auf LPT (Link)

**A2/II/2014 Abteilung 15**

**Medizinische Notversorgung ist ein Menschenrecht! – Für die Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Papiere**

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats werden aufgefordert sich im Einklang mit der in der Koalitionsvereinbarung 2011-2016 geplanten Einführung der bayerischen Praxis („Münchener Modell“) für die Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus einzusetzen. Dazu gehört

- Beauftragung einer Studie zur Lage der Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus in Berlin
- Die Einrichtung eines Fonds für die Versorgung von Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus (zwecks Deckung von Geräte- und Laborkosten bei der ambulanten Notfallbehandlung sowie für die stationären Aufenthalte in Krankenhäusern sowie Versorgung von STD-

Krankheiten und Infektionskrankheiten)

- Rechtsgutachten zum Verhältnis der Mitteilungspflicht öffentlichen Ämter (z.B. des Sozialamtes) zu Schweigepflicht im Falle der Gesundheitsversorgung.
- Finanzielle Unterstützung von Initiativen, die sich in Berlin Menschen ohne legalen Status widmen.
- Sicherung einer frauenspezifischen Perspektive (z.B. Versorgung von Schwangeren im Rahmen des Mutterschutzes, Geburtsurkunden und Nachversorgung für Neugeborene).
- Ausbau von Beratungsangeboten für den Betroffenen.

**Stellungnahme der LPT I/2015:**

**Landesparteitag:** Annahme und Überweisung an AH Fraktion, Senat (Link Antrag LPT)

**A5/II/2014 AK Stadtentwicklung, Abteilung 7**

**Historische Mitte: Die Bürgerbeteiligung muss Anker werfen**

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats, des Abgeordnetenhauses, des Bezirksamts und der BVV Mitte werden ersucht, sich dafür einzusetzen, dass im Rahmen der Bürgerbeteiligung und vor Auslobung des Wettbewerbs zur Gestaltung der Historischen Mitte durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt im Bereich zwischen Rotem Rathaus, Marienkirche und Rathaus Passage eine Freiluftausstellung zur Geschichte des Ortes gezeigt wird.

**Stellungnahme der Bezirksamt, BVV Fraktion, LPT I/2015:**

**BVV Fraktion:** Die von der KDV beabsichtigte Freiluft-Ausstellung konnte nicht realisiert werden. Die BVV-Fraktion hat zur Stärkung der Beteiligung von Bürger\_innen zwei eigene Veranstaltungen Fraktion vor Ort mit Senator Geisel am sowie einen Rundgang mit Ephraim Gothe durchgeführt. **Bezirksamt:** Wir durch tätiges Bemühen umgesetzt. **Landesparteitag:** Überweisung an AH-Fraktion (Link)

**A6/II/2014 Abteilung 5**

**Eine nachhaltige Zukunft für das Kulturforum!**

Die SPD Berlin setzt für eine ganzheitliche Planung des Kulturforums ein, die eine nachhaltige Zukunft für diesen wichtigen Stadtraum sichert. Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats von Berlin werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass ein internationale Städtebau- und Architekturwettbewerb ausgeschrieben wird.

**Stellungnahme der LPT I/2015:**

Antragsteller hat Antrag zurück gezogen

**A7/II/2014 Abteilung Bellevue, Abteilung Alexanderplatz  
Neues UNESCO-Weltkulturerbe in Berlin-Mitte**

Die SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses und die SPD-Seite des Senats werden aufgefordert, die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bewerbung Berlins zu schaffen, um das Doppeldenkmal Hansaviertel – Karl-Marx-Allee auf die sogenannte Tentativliste für das Weltkulturerbe zu setzen. Die zivilgesellschaftlich getragene Initiative aus dem Bürgerverein Hansaviertel e.V., der Hermann-Henselmann-Stiftung und dem Corbusierhaus e.V. aus dem Jahr 2012 ist hierfür erneut aufzugreifen. Da die Vorbereitung eines solchen Antrages professionell unterstützt werden muss, ist ein Engagement des Senates unumgänglich. Bei der inhaltlich noch weitgehend zu erforschenden Planungs- und Wirkungsgeschichte sind folgende Aspekte herauszuarbeiten:

- Inwieweit waren beide Orte „Glücksversprechen für eine Stadt von morgen“ ihrer jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Systeme?
- Inwieweit waren die Planungsprozesse auch weltanschaulich von den beiden Supermächten beeinflusst oder gar mitgesteuert?
- Welchen städtebaulichen Leitbildern folgten beide Projekte im fachlichen Sinne und welche urbanistischen Qualitäten wurden tatsächlich erreicht?
- Welche gegenseitigen Beeinflussungen sind festzustellen und welche Wirkungsgeschichten gingen von beiden Projekten für die nachfolgende Städtebau- und Architekturpolitik aus?

Zusammen mit der Tatsache der geteilten Stadt, den Zeugnissen der Berliner Mauer und einer Reihe von aus der Teilung zu erklärenden baulichen Doppelstrukturen stellen die beiden Prestigeprojekte als Ausdruck einer damals das Weltgeschehen bestimmenden Systemkonkurrenz ein baukulturelles Erbe dar, das so einmalig und bedeutsam ist, dass es die Unesco-Kriterien gerade für die Zeitschicht des Kalten Krieges erfüllen wird. Die Abgeordnetenhausfraktion der SPD und die SPD-Seite des Senats werden ebenfalls aufgefordert die Bewerbung um den Titel UNESCO-Weltkulturerbe bei den weiteren Planungen zur städtebaulichen Veränderung des Alexanderplatzes zu berücksichtigen. Besonders der Erhalt der Sichtachse vom Strausberger Platz zum Alexanderplatz sollte bei den weiteren Bauvorhaben beachtet werden.

**Stellungnahme der LPT I/2015:**

Annahme durch LPT und Überweisung an AH Fraktion, Senat

**A9/II/2014 AK Stadtentwicklung, Abteilung 7**

**Berliner Mieterinnen und Mieter schützen. Richtsatzmiete im Sozialen Wohnungsbau jetzt umsetzen!**

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats und des Abgeordnetenhauses werden ersucht, sich dafür einzusetzen, dass das Berliner Mietenkonzept für den Sozialen Wohnungsbau möglichst schnell auf eine Richtsatzmiete mit staatlich verordneten Richtwerten umgestellt wird, um so eine dauerhafte Sozialbindung der Mieten im Sozialen Wohnungsbau zu sichern. Es soll angestrebt werden, diese Regelung auch auf Bestände, die vom Wegfall der Anschlussförderung betroffen sind, anzuwenden.

**Stellungnahme der LPT I/2015:**

Annahme und Überweisung an AH Fraktion, Senat

**A10/II/2014 Abteilung 1**

**Keine Elektrofahrzeuge auf Busspuren zulassen**

Die SPD spricht sich gegen die Zulassung von batteriegetriebenen Pkws auf Busspuren ebenso aus, wie auch gegen die Gebührenbefreiung in den Parkraumbewirtschaftungsgebieten. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, den entsprechenden Gesetzesentwurf (Elektromobilitätsgesetz EMOG) des Bundesverkehrsministers abzulehnen.

**Stellungnahme der LPT I/2015:**

Annahme in der Fassung des Parteitages und Überweisung an Bundesparteitag und Berliner Landesgruppe der BT-Fraktion <http://parteitag.spd-berlin.de/antraege/keine-elektrofahrzeuge-auf-busspuren-zulassen/>

**A11/II/2014 Abteilung Alexanderplatz**

**Partizipation – Beteiligung der Zivilgesellschaft**

Die SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses und die SPD-Seite des Senats werden aufgefordert, die nachfolgenden Punkte zu unterstützen, um der Zivilgesellschaft bessere Beteiligungsmöglichkeiten in den politischen Meinungsbildungsprozessen anzubieten: **A – Das bisherige Stadtforum muss weiter geführt und partizipativ ausgerichtet werden.** Das Steuerungsgremium des Stadtforums muss paritätisch durch Zivilgesellschaft, Senat, Bezirke und politische Parteien besetzt werden. Gewährleistet wird hierdurch eine Vielfalt bei der Auswahl der stadtentwicklungspolitisch relevanten Themen und der ReferentInnen sowie ein lebendiges Debattenformat, in dem verbindlich Verabredungen für die Zukunft getroffen werden. Die Anwesenheit mindestens eines



Senators/ einer Senatorin ist obligatorisch, der Veranstaltungstakt muss sicher stellen, dass die Vielzahl zur Debatte stehender Themen und Orte abgearbeitet werden kann. **B – Internetbasierte Partizipationsplattform.** Um breiten Schichten der Stadtgesellschaft einen einfachen Zugang zur Beteiligung in der Stadtentwicklung zu geben, muss der Senat eine Partizipationsplattform betreiben (lassen), die die Vorteile des Internets ausnutzt. Das System muss anpassungsfähig sein, um auf den Erfahrungszuwachs für dieses Medium reagieren zu können. Die Berliner Bezirke und das Knowhow der digitalen Community müssen eingebunden, die Regeln zum administrativen Umgang mit den Anregungen abgestimmt werden. Diese Anregungen werden transparent bewertet und in das Stadtforum rückgekoppelt. **C – Bezirke dialogfähig machen.**

Alle Berliner Bezirke verfügen über einen Reichtum an stadtteilorientierten Initiativen, die Bezirksämter und ihre Bezirksverordnetenversammlungen haben das Verhandlungsmandat beispielsweise in der Bauleitplanung oder bei der Gestaltung des öffentlichen Raums. Nach jahrelangem Ressourcenabbau in den Bezirksämtern sind die nun anstehenden Herausforderungen des Wachstums nur mit neuen Ressourcen zu bewältigen. Der Dialog mit den Stadtteilinitiativen gehört dazu.

#### Stellungnahme der LPT I/2015:

**LPT:** Annahme durch LPT und Überweisung an AH Fraktion, Senat **Zusätzliche Stellungnahme der BVV Fraktion:** Die BVV-Fraktion hat bereits in der Drucksache 0541/IV ein in dem Beschluss gefordertes Pilotprojekt für internetbasierte Bürgerbeteiligung beantragt, das durch die Bezirksverordnetenversammlung auch beschlossen wurde. Dennoch konnte die Realisierung bisher nicht erfolgen, da zwar das Geld, aber nicht das Personal im Stadtplanungsamt zur Verfügung stand. Mit dem Beschluss über den Bezirkshaushalt 2016/2017 wurde in dem beschlossenen Änderungsantrag von SPD und CDU auch die internetbasierte Bürgerbeteiligung sowohl im Haushalt festgeschrieben als auch das notwendige Personal bereitgestellt, so dass einer Realisierung ab dem Jahr 2016 hoffentlich nichts mehr im Wege steht.

#### A12/II/2014 Abteilung 1

##### Olympiabewerbung nur mit belastbarer Ermittlung der Kosten und Volksbefragung

Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat werden aufgefordert, eine verbindliche Bewerbung Berlins für die Ausrichtung der Olympischen Spiele erst nach einer belastbaren Ermittlung der Kosten abzugeben und die Berlinerinnen und Berliner zuvor darüber abstimmen zu lassen.

#### Stellungnahme der LPT I/2015:

Erledigt durch Annahme von Antrag 161/II/2014 [http://parteitag.spd-](http://parteitag.spd-berlin.de/antraege/olympiabewerbung-nur-mit-belastbarer-ermittlung-der-kosten-und-volksbefragung/)

[berlin.de/antraege/olympiabewerbung-nur-mit-belastbarer-ermittlung-der-kosten-und-volksbefragung/](http://berlin.de/antraege/olympiabewerbung-nur-mit-belastbarer-ermittlung-der-kosten-und-volksbefragung/)

#### A13/II/2014 Abteilung 7

##### Zustimmung zu CETA und TTIP nur unter bestimmten Voraussetzungen und unter Einbindung der Parlamente

- a) Der Parteivorstand der SPD, die SPD-Mitglieder der Bundesregierung, die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Europaparlaments werden aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass die Verhandlungen über das geplante europäisch-kanadische Freihandelsabkommen (Comprehensive Economic and Trade Agreement) sowie die geplante Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (Freihandelsabkommen – Transatlantic Trade and Investment Partnership -TTIP) zwischen der Europäischen Union und Kanada sowie der Europäischen Union und den USA offengelegt werden und die nationalen und das Europäische Parlament darüber abstimmen können.

1. Der Parteivorstand der SPD, die SPD-Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, den geplanten Freihandelsabkommen CETA und TTIP nicht zuzustimmen, wenn Rechtstreitigkeiten auf nicht öffentliche Schiedsgerichte übertragen und der unabhängigen Gerichtsbarkeit entzogen werden, wenn Standards im Bereich des Umweltschutzes, des Gesundheits- und Verbraucherschutzes oder der Erzeugung von Nahrungsmitteln und weiteren Bereichen ohne künftige Einflussmöglichkeiten der Parlamente verändert werden können, Arbeitnehmerrechte geschwächt werden und insbesondere in Bereichen der Daseinsvorsorge unverhältnismäßig hohe Profite zulasten der Allgemeinheit ermöglicht werden, die Überwachung und Gängelung von Internetnutzern ausgeweitet und der Zugang zu Kultur, Bildung und Wissenschaft erschwert werden.

#### Stellungnahme der LPT I/2015:

Erledigt bei Annahme 55/II/2014 auf LPT <http://parteitag.spd-berlin.de/antraege/zustimmung-zu-ceta-und-ttip-nur-unter-bestimmten-voraussetzungen-und-unter-einbindung-der-parlamente/>

#### A14/II/2014 Abteilung 5

##### Missbrauchsdebatten beenden – Integration stärken!

Wir fordern die sozialdemokratischen MandatsträgerInnen auf nationaler Ebene, in den Bundesländern, Kreisen und Kommunen, in ihren jeweiligen Funktionen in Parlamenten und Exekutive,

dazu auf, sich aktiv in ihren jeweiligen Bereichen für ein soziales Europa einzusetzen. Dazu sind auf den jeweiligen Ebenen konkrete Schritte notwendig: In Deutschland sind sowohl das Sozialrecht, als auch das Aufenthaltsrecht an das europäische Recht anzupassen. Der Pauschalausschluss von arbeitssuchenden UnionsbürgerInnen von der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist ein Widerspruch in sich und sofort aufzuheben. Menschen, die bei uns arbeiten wollen, bedürfen der Unterstützung bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Bei Maßnahmen, welche den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern sollen, dürfen sie nicht diskriminiert werden. Die von der Bundesregierung angestrebte Begrenzung der Arbeitssuche auf sechs Monate und einen darauf folgenden Entzug des Freizügigkeitsrechts (durch Verlustfeststellung) werten wir als schwerwiegenden Angriff auf die Errungenschaften der Freizügigkeit und lehnen wir entschieden ab. Auf nationaler Ebene sind zielgenaue Lösungen zu entwickeln, wie die finanziellen Anstrengungen der Länder und Kommunen bei der Integration von neu Zuwandernden umverteilt werden können. Zuwanderung nützt der ganzen Gesellschaft, daher müssen auch die Kosten gleichmäßig von allen getragen werden und nicht nur von einzelnen Kommunen, wo sich die Zuwanderung ganz besonders stark konzentriert.

#### Stellungnahme der LPT I/2015:

Annahme durch LPT und Überweisung an AG Fraktionsvorsitzende, AH Fraktion, Bundesparteitag, Berliner Landesgruppe in der BT-Fraktion

#### AO2/II/2014 Abteilung 1

##### Änderung des Bundeswahlgesetzes – Wahl der Kandidatin/des Kandidaten für den Bundestagswahlkreis durch Mitgliederentscheid ermöglichen

Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag werden aufgefordert, eine Gesetzesvorlage in den Deutschen Bundestag einzubringen und mit ihrer Stimme zu unterstützen, die zum Inhalt hat, das Bundeswahlgesetz – dort insbesondere §§ 21,27 BWahlG – dahingehend zu ändern, dass die Wahl der Kandidatin/des Kandidaten für den Bundestagswahlkreis nicht nur durch eine Mitglieder(voll-)versammlung oder durch eine Delegiertenversammlung erfolgen darf, sondern auch durch einen Mitgliederentscheid.

#### Stellungnahme der LPT I/2015:

Beschluss LPT I/2015: Ablehnung (<http://parteitag.spd-berlin.de/antraege/aenderung-des-bundeswahlgesetzes-wahl-der-kandidatindes-kandidaten-fuer-den-bundestagswahlkreis-durch-mitgliederentscheid-ermoeglichen/>)

#### AO3/II/2014 Abteilung 1

##### Änderung des Landeswahlgesetzes Wahl der Kandidatin/des Kandidaten für den Abgeordnetenhauswahlkreis durch Mitgliederentscheid ermöglichen

Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, eine Gesetzesvorlage einzubringen und mit ihrer Stimme zu unterstützen, die zum Inhalt hat, das Landeswahlgesetz – dort insbesondere §§ 12, 23 LWahlG Bln– dahingehend zu ändern, dass die Wahl der Kandidatin/des Kandidaten für den Abgeordnetenhauswahlkreis nicht nur durch eine Mitglieder(voll-)versammlung oder durch eine Delegiertenversammlung erfolgen darf, sondern auch durch einen Mitgliederentscheid.

#### Stellungnahme der LPT I/2015:

Ablehnung durch LPT: <http://parteitag.spd-berlin.de/antraege/aenderung-des-landeswahlgesetzes-wahl-der-kandidatindes-kandidaten-fuer-den-abgeordnetenhauswahlkreis-durch-mitgliederentscheid-ermoeglichen/>

#### AO1/II/2014

##### Mehr Vielfalt in der SPD Berlin Mitte!

Die SPD Berlin Mitte bekennt sich zu dem Ziel der interkulturellen Öffnung: Wir wollen Teilhabe und eine Willkommenskultur nicht nur politisch einfordern und gesellschaftlich fördern. Wir wollen und müssen auch selbst als Partei Vielfalt und eine Willkommenskultur noch stärker verwirklichen und vorleben. Um entsprechend dem Bundesparteitags-Beschluss von 2011 die interkulturelle Öffnung der SPD voranzubringen setzt sich die SPD Berlin Mitte für die restliche Wahlperiode folgende Ziele:

- Eine Projektgruppe wird beauftragt unter Einbeziehung der Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften einen interkulturellen Bericht der SPD zu erstellen. Der Bericht umfasst auch Handlungsempfehlungen zu konkreter Teilhabe für die Abteilungen/den Kreis und wird im Kreisvorstand und nach Möglichkeit in den Abteilungen vorgestellt.
- Angebote der parteiinternen Bildungsarbeit der SPD Mitte zur interkulturellen Parteiöffnung sollen auf Kreis- und Abteilungsebene in Anspruch genommen werden.
- Der Kreis Mitte unterstützt das Mentoring-Programm, das ab Herbst 2014 von der Landesarbeitsgemeinschaft für Migration und Vielfalt durchgeführt wird. Nach Ablauf des ersten Durchlaufs im Sommer 2015 sind die Evaluationsergebnisse im Kreisvorstand vorzustellen, mit besonderem Blick auf die Lage im Kreis Mitte.
- Die SPD Mitte setzt sich das Ziel eine repräsentative Anzahl der Mitglieder mit Mitigrationsgeschichte im Kreisvorstand zu erreichen.

#### Stellungnahme der Kreisvorstand:

##### Kreisvorstand:

##### Mehr Vielfalt in der SPD Berlin Mitte!